

Pressemitteilung der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg zur geplanten Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer vom 15.08.2013

Die Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg ist äußerst erstaunt über den Versuch der Wiedereinführung von Studiengebühren, auch wenn diese im ersten Schritt nur für Bildungsausländer aus Nicht-EU-Staaten erhoben werden sollen. Wir lehnen die geplante Wiedereinführung strikt als unsozial, diskriminierend und imageschädigend für Baden-Württemberg ab.

Die erhofften Einnahmen relativieren sich wenn man bedenkt, dass allein die Erhebung und Verwaltung einen großen Teil der Gebühren wieder aufzehrt und man damit gute Bewerber/-innen abschreckt. Denn die Höhe der eingenommenen Gebühren rechtfertigt nicht den Image- und Attraktivitätsverlust, der hierdurch entsteht.

In absoluten Zahlen steigt der Anteil an ausländischen Studierenden in Deutschland zwar wieder leicht an, der "Marktanteil" weltweit sinkt jedoch, da es sich bei Auslandsstudien um einen weltweiten Trend handelt. Dies geht aus der aktuellen OECD-Studie hervor und wird auch vom Deutschen Akademischen Austauschdienst so gesehen, welcher in einer Pressemitteilung vom 9. Juli 2013 folgende Aussage veröffentlicht: "Angesichts der internationalen Konkurrenz können wir diese Position aber nur halten, wenn wir unser Ziel erreichen, die Zahl der ausländischen Studierenden in Deutschland bis zum Ende dieses Jahrzehnts um 100.000 Studierende zu steigern."

Selbst der Rechnungshof bestätigt in einer Pressemitteilung vom 15.07.2013, dass die ausländischen Studierenden aufgrund ihrer guten Vorbildung und Leistungen im Auswahlverfahren einen Studienplatz erhalten. Ausländische Studierende müssen deshalb vielmehr als Vorteil und Bereicherung der baden-württembergischen Hochschulbildung statt als Einnahmequelle angesehen werden. Weshalb nun die kulturelle Vielfalt und Qualität gesenkt werden soll, ist nicht nachvollziehbar.

Generell ist die Tendenz, dass sich der Staat aus der Hochschulfinanzierung immer weiter herausziehen möchte, abzulehnen. Stichworte sind hier die verstärkte Werbung nach Drittmitteln, weniger Studienplätze und nun auch die selektiv geplante Wiedereinführung von Studiengebühren. Bildung ist ein freies und kein privatwirtschaftliches Gut. Die Aussage von Frau Sitzmann, dass diese Studierende in der Regel nicht aus den ärmsten Elternhäusern stammen, halten wir für sehr gewagt und äußerst pauschal. Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung, sein Elternhaus darf dabei keine Rolle spielen. Weshalb dies nun von Frau Sitzmann angeführt wird, ist unverständlich.

Wir hoffen, dass der Versuch der Wiedereinführung von Studiengebühren nicht zum Erfolg führt, da die Schäden für die baden-württembergische Hochschullandschaft nicht abzuschätzen sind. Mit den aktuell größten Steuereinnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik macht es uns ratlos, wie viel Steuern verschwendet werden und wie wenig in der Bildung ankommt. Zudem hoffen wir, dass man wieder zur "Politik des Gehörtwerdens" zurückkehrt und sich in einem Dialogprozess mit uns Studierenden auseinandersetzt, statt uns in der Presse über solche Pläne zu informieren.

V.i.S.d.P.: Jörg Willburger, Sprecher der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg

Kontakt: lak-bawue-praesidium@studis.de